

BUERO-ST-N

Von: Buero.Gebers@bmas.bund.de
Gesendet: Donnerstag, 23. Januar 2020 15:38
An: BUERO-ST-N; k@bkm.bund.de
Cc: stg@bmf.bund.de; Braun, Helge
Betreff: Zustellförderung, hier: Schreiben der Staatssekretärin Gebers
Anlagen: Anschreiben_St Gebers.pdf; Eckpunkte_Zustellförderung.pdf

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,
sehr geehrter Herr Dr. Winands,

im Auftrag von Frau Staatssekretärin Gebers übersende ich Ihnen beigefügtes Schreiben nebst Anlage ausschließlich per E-Mail.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Stephanie Mettcher

Büro der Staatssekretärin Leonie Gebers
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin
Tel.: 030 18 527-2046
Fax: 030 18 527-2048
E-Mail: stephanie.mettcher@bmas.bund.de

BMWi - StN					
St.Nr.	St.Nr.	St.Nr.	St.Nr.	St.Nr.	St.Nr.
2	1	3	4	5	6
IV	V	Umsatzsteuer		5	6
St.Nr.		23. Jan. 2020		St.Nr.	
St.Nr.		St.Nr.		St.Nr.	
St.Nr.		S-200124-015		St.Nr.	
St.Nr.		Unterschied & Differenz		St.Nr.	
St.Nr.		2411		St.Nr.	



nur per Mail

Staatssekretär im Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
Herrn Dr. Ulrich Nussbaum
buero-st-n@bmwi.bund.de

Amtschef bei der Beauftragten
der Bundesregierung für Kultur und Medien
Herrn Dr. Günter Winands
k@bkm.bund.de

Leonie Gebers

Staatssekretärin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2044

FAX +49 30 18 527-2048

E-MAIL buero.gebers@bmas.bund.de

Berlin, **23.** Januar 2020

nachrichtlich

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
Herrn Werner Gatzert
stg@bmf.bund.de

Chef des Bundeskanzleramts
Herrn Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun
helge.braun@bk.bund.de

Sehr geehrter Herr Kollege,
sehr geehrter Herr Dr. Winands,

der Haushaltsgesetzgeber hat für die Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern für das Haushaltsjahr 2020 40 Millionen Euro bereitgestellt. Da diese Mittel bis zur Vorlage eines Konzeptes gesperrt sind und die Entsperrung der Einwilligung des Haushaltsausschusses bedarf, ist es erforderlich, nun rasch mit den Vorbereitungen zur Umsetzung dieser Förderung zu beginnen.

Im Koalitionsvertrag war ursprünglich vorgesehen, den Rentenversicherungsbeitrag für Zeitungszustellerinnen und Zeitungszusteller befristet für 5 Jahre abzusenken. Da dieser Vorschlag die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales betraf, hatte es mein Haus übernommen, den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag federführend zu bearbeiten. Eine umfassende Prüfung hat jedoch ergeben, dass dies sowohl aus rechtstechnischen als auch aus ordnungspolitischen Gründen nicht möglich ist.

Um den Umsetzungsprozess dennoch zügig weiterzuführen hat das BMAS eine Studie in Auftrag gegeben, die aus dem Vergleich mit anderen europäischen Ländern mögliche Kriterien für eine Zustellförderung darstellt. Teil der Studie war ein Expertenworkshop im Juni 2019, in dem mit Ihren Häusern sowie mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis und Verbänden der Zeitungsbranche erste praktische Ansätze diskutiert wurden. Das auf der Grundlage der Studie und des Workshops erstellte und mit Ihren Häusern abgestimmte Eckpunkte-Papier, das erste Ansätze einer Förderung beschreibt, füge ich diesem Schreiben bei.

Mit diesem Eckpunkt Papier ist noch einmal deutlich geworden, dass die geplante Förderung nicht in die fachliche Zuständigkeit des BMAS fällt. Da es sich nicht um eine sozialrechtliche Maßnahme oder um die Bereitstellung sozialpolitischer Hilfen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer handelt, verfügt das BMAS weder über die erforderliche Verwaltungskompetenz noch über eine geeignete Infrastruktur (nachgeordneter Bereich) zur alleinigen Umsetzung eines solchen Förderprogramms. Es geht vielmehr um die finanzielle Unterstützung und damit wirtschaftliche Förderung von Unternehmen der Branche der Zeitungszusteller.

Ich würde den weiteren Prozess gerne zeitnah mit Ihnen besprechen. Wir werden in Kürze zur Terminabstimmung auf Ihr Büro zukommen.

Mit freundlichen Grüßen



**Eckpunkte für eine Förderung der Zustellung und Innovationen von
Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern.**

Journalismus spielt eine wichtige Rolle beim demokratischen Willensbildungsprozess auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Printmedien haben auch im digitalen Zeitalter eine besondere Bedeutung. Sie sind jedoch durch strukturelle Veränderungen vor große Herausforderungen gestellt. Insbesondere der Rückgang von Printabonnements und das Schrumpfen des Marktes für bezahlte Anzeigen in gedruckten Tages- und Wochenzeitungen sowie Anzeigenblättern stellen etablierte und bewährte Geschäftsmodelle in Frage. Sinkende Abonnementzahlen bzw. Auflagenhöhen verteuern insbesondere die Stückkosten der Zustellung.

Die Versorgung mit gedruckten Exemplaren hat gegenüber Online-Angeboten wesentliche Unterschiede. Ein Wegfall von gedruckten Ausgaben ginge mit dem Ausschluss bestimmter Zielgruppen von Informationen einher. Darunter fallen Personen mit unzureichendem Zugang zu digitalen Diensten oder gering ausgeprägter Affinität zur Nutzung digitaler Inhalte. Hinzu kommt, dass gerade der deutsche Zeitungsmarkt nach wie vor sehr lokal oder regional geprägt ist (vgl. IZA 2019). Anzeigenblättern kommt dabei sowohl mit Blick auf Informationen aus der Lokalpolitik wie auch bei Organisation und Würdigung von ehrenamtlichem Engagement eine bedeutsame Rolle zu, indem hierbei quasi-öffentliche Güter produziert werden (DIW, 2018).

Der Koalitionsvertrag sieht daher vor, eine Zustellförderung in Form der temporären Reduzierung der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung für auf geringfügig entlohnter Basis beschäftigte Zeitungszusteller einzuführen (vgl. KoalV 2018). Dies ist jedoch rechtstechnisch und ordnungspolitisch im System der deutschen Sozialversicherung nicht umsetzbar. Eine Alternative kann ein System zur Förderung der Zustellung als temporäre Unterstützung bei der digitalen Transformation für Tages- und Wochenzeitungen sowie in Form der Unterstützung lokaler Vielfalt von Anzeigenblättern sein. Eine solche Unterstützung setzt voraus, dass arbeits- und sozialrechtliche Standards wie bspw. der Mindestlohn eingehalten werden.

Elemente bestehender Fördersysteme in anderen europäischen Ländern können dabei Hinweise auf Kriterien für eine Zustellförderung geben. Der internationale Vergleich zeigt jedoch auch, dass eine Zustellförderung in Deutschland nicht 1:1 an bestehenden Fördersystemen in anderen europäischen Ländern zu orientieren ist, da

- a) anderswo direkte Förderung überwiegt, die in Deutschland historisch nicht denkbar ist und
- b) es für die Rolle von Anzeigenblättern keine Äquivalente in den untersuchten Ländern gibt (vgl. IZA, 2019; DIW, 2018).

Eine Förderung muss daher einerseits deutschen Besonderheiten andererseits aber auch Erkenntnissen aus dem internationalen Vergleich Rechnung tragen. Wesentliche Orientierungspunkte für eine Zustellförderung sind:

1. Eine **Zustellförderung für Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern** bietet sich an, um die Meinungsvielfalt, die demokratische Willensbildung und einen pluralen Journalismus in Deutschland zu unterstützen. Da eine Förderung der Zustellung inhaltlich neutral ist, hat sie keine Auswirkungen auf die Freiheit der journalistischen Tätigkeit. Zudem reduziert sie Kosten und ermöglicht so Investitionen in die digitale Transformation bzw. trägt dazu bei, die Vielfalt der u.a. für das Ehrenamt wichtigen Anzeigenblätter zu erhalten.

2. Eine Förderung in Höhe von 100 Mio. Euro pro Jahr, d.h. eine leicht über dem Umfang der im Koalitionsvertrag zugesagten Entlastung hält das BMAS aus Gründen der vorübergehenden Unterstützung, für sinnvoll. Sie sollte 98 Mio. Euro für die Förderung der derzeitigen Zustellung sowie 2 Mio. Euro für die Förderung von Innovationsprojekten zur digitalen Transformation umfassen. (Vorschlag Finanzrahmen)

3. Eine Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern muss sich **auf Exemplare beschränken, die die Verlage selbst zustellen oder deren Zustellung von Organisationen sichergestellt wird, die die Verlage mit eigenem wirtschaftlichen Risiko** (mindestens anteilig) führen oder die nicht bereits anderweitig von staatlichen Vergünstigungen profitieren. Die Förderung in Höhe von insgesamt 98 Mio. Euro könnte auf der Grundlage der unabhängig und regelmäßig testierten Auflagenkontrollen ADA* und IWW** differenziert nach Stadt-, Land- und Mischregionen erfolgen.

60% der Förderung sollte für die Zustellung von Abonnementzeitungen und 40 % für die Förderung der Zustellung von Anzeigenblättern bereitgestellt werden. Sie sollte auf die Höhe der Auflage im jeweils ersten Quartal des förderrelevanten Jahres umgelegt werden um die Höhe der Förderung pro Exemplar zu berechnen.

Die verfügbaren Mittel werden so auf die alleinige Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern fokussiert.

4. Die Zustellförderung hat das Ziel, die Zeitungs- bzw. Anzeigenblattverlage in der digitalen Transformation zeitlich begrenzt zu entlasten und sollte daher **nach 5 Jahren evaluiert** werden. Eine verhältnismäßige Absenkung des Förderbeitrages kann dabei zum Beispiel von

- a) Entwicklungen in der technischen Infrastruktur (z.B. erfolgter Breitbandausbau)
- b) möglichen Veränderungen der Nutzungsgewohnheiten der Leser (z.B. abnehmende Präferenz für Printprodukte in verschiedenen Altersklassen oder für verschiedene Textformate wie long read oder Hintergrundberichte, die anhand vorliegender Marktdaten und Marktforschung bewertet werden kann)
- c) und der Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle

abhängig gemacht werden. In der Evaluation sollten Abonnementzeitungen und Anzeigenblätter getrennt bewertet werden, da dort jeweils unterschiedliche Entwicklungschancen gesehen werden.

5. Die Förderung der Zustellung sollte einher gehen mit der **Förderung von Innovationsprojekten** der Presseerzeugung, hierfür sollten für Abonnementzeitungen und Anzeigenblätter jeweils 1 Mio. Euro der Fördermittel pro Jahr vorgesehen werden.

*ADA: Auflagenkontrolle der Deutschen Anzeigenblätter

**IWW: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern

6. Zur **Umsetzung** sollte ein Förderinstrument eingerichtet werden. Hierfür sollte möglichst an bestehende Fördersysteme Anschluss gefunden werden.

*ADA: Auflagenkontrolle der Deutschen Anzeigenblätter

**IWW: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern

Berlin, 30. Januar 2020

zur Information

St N
a.d.D.

*Rege entsprechendes
Schreiben an St'in
Gebers an. ✓*

Betr.:

**Stellungnahme zum Schreiben von StS'in Gebers
(BMAS) zur
Förderung der Zustellung von Zeitungen
vom 23. Januar 2020**

*UI
z.w.v. sitte Brief
für StN vorlegen
an St'in Gebers*

Die Staatssekretärinnen und die Staatssekretäre
haben Abdruck erhalten.

I. Kernsatz

Wir plädieren dafür, eine Umsetzung der Zustellförderung durch das BMWi abzulehnen.

II. Sachverhalt

Die ursprünglich im **Koalitionsvertrag** vorgesehene Absenkung des Rentenversicherungsbeitrags für geringfügig beschäftigte Zeitungszustellerinnen und Zeitungszusteller (Zuständigkeit BMAS) war rechtstechnisch und ordnungspolitisch nicht möglich.

Stattdessen wird nunmehr eine **Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern** vorgesehen. Der Haushaltsgesetzgeber hat hierfür für das Haushaltsjahr 2020 **40 Mio. Euro** Fördergelder bereitgestellt.

Mit Schreiben vom 23. Januar 2020 hat sich StS'in Leonie Gebers (BMAS) im Hinblick auf die **Umsetzung dieser Förderung** an Sie und BKM gewandt.

Das BMAS ist der Auffassung, dass die geplante Förderung **nicht in seine Zuständigkeit falle** (keine sozialrechtliche Maßnahme, keine Bereitstellung sozialpolitischer Hilfen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) und das BMAS weder über die erforderliche **Verwaltungskompetenz** noch über eine geeignete **Infrastruktur** (nachgeordneter Bereich) verfüge. Vielmehr gehe es um die **finanzielle Unterstützung** und damit **wirtschaftliche Förderung von Unternehmen der Zeitungsbranche** (somit implizit Zuständigkeit von BMWi oder BKM).

Vom Leitungsbereich auszufüllen

TGB-Nr.	S-200124-015
Eingang Leitung	31.01.2020
eDW-M- Nr.:	2020.01.24/00028

Abzeichnungsleiste

St	<i>[Signature]</i>
AL	Stefan Schnorr, VI 31.01.20
UAL	i.V. Ju, VIA3 31.01.20

Referatsinformationen

Referats- leiter	MR Dr. Jungbluth (-7290)Ju, VIA3 31.01.20
Bearbei- terin	RD'in Förster (-6458) GCF, VIA3 30.01.20
Mit- zeichnung	-
Referat und AZ	VIA3 – 60209/005#004

Hierzu schlägt sie ein **Gespräch** zwischen BMAS, BKM und BMWi vor.

BKM hat uns bereits auf Fachebene mitgeteilt, dass eine Zuständigkeit der BKM zur Umsetzung der Förderung (ebenfalls) abgelehnt werde. BKM verfüge anders als BMWi (insb. BAFA) insbesondere über keinen nachgeordneten Bereich zur Abwicklung einer Förderung.

III. Stellungnahme

Wir plädieren dafür, die **Umsetzung der Zustellförderung nicht zu übernehmen**.

✓ **Zuständig** für die finanzielle Entlastung der Abonnementzeitungen und Anzeigenblätter war laut **Koalitionsvertrag BMAS**. Einer Umsetzung durch das BMAS steht auch nicht entgegen, dass das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel nun auf anderem Wege (staatliche Förderung statt Senkung der Rentenversicherungsbeiträge) erreicht werden soll.

Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass der vorgesehene **Förderbetrag** auf Betreiben der CDU-/CSU-Fraktion in der Bereinigungssitzung erheblich (von knapp 100 Mio. Euro auf 40 Mio. Euro) **gekürzt** worden ist. Weder BMWi noch BKM sollten daher die Umsetzung der Förderung übernehmen (so auch BKM), deren Kürzung zudem bei der Branche (insb. BDZV und VDZ) auf harsche Kritik stieß.

BDZV erachtet die Förderhöhe als nahezu lächerlich, VDZ kommt (zumindest in diesem Haushaltsjahr) gar nicht in den Genuss einer Förderung der Zeitschriftenzustellung.

Für eine **Umsetzung der Zustellförderung durch BMAS** spricht zudem, dass der Förderbetrag im **Haushalt des BMAS** eingestellt worden ist. Die **verwaltungstechnisch aufwendige Umsetzung** (womöglich differenziert nach Stadt-, Land- und Mischregionen) erfordert zudem die **Einrichtung eines Förderinstruments** (vgl. dem Schreiben beigefügtes Eckpunkte-Papier) anhand einer zur entwickelnden Förderrichtlinie.

Das ist mit **erheblichem Personalbedarf** verbunden, für den im **BMW-Haushalt keine entsprechenden Stellen** bereitgestellt wurden. Das **Referat VIA3** verfügt als reines Rechtsreferat jedenfalls weder über einen **Haushaltstitel** noch über die für die Erarbeitung von Förderrichtlinien erforderliche **Expertise**.

Schließlich könnte BMAS mit Blick auf die Infrastruktur ggf. auf die **Knappschafft** zurückgreifen, die auch für die Rentenversicherungsbeiträge für geringfügig Beschäftigte zuständig ist.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Frau
Staatssekretärin Leonie Gebers
Bundesministerium für Arbeit und
Soziales
Wilhelmstr. 49
11017 Berlin

Dr. Ulrich Nußbaum
Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Schamhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 7641

FAX +49 30 18615 5105

DATUM Berlin, 4. Februar 2020

Sehr geehrte Frau Kollegin,

liebe Frau Gebers,

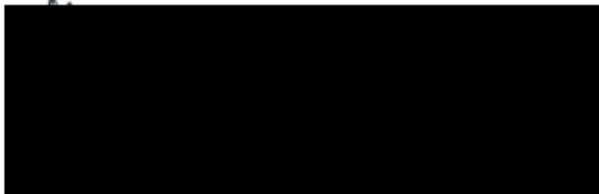
vielen Dank für Ihr Schreiben zur Umsetzung der Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern vom 23. Januar 2020 und die übersandten Eckpunkte vom Oktober 2019.

Ich teile Ihre Auffassung, dass nun rasch mit den Vorbereitungen zur Umsetzung dieser für die Branche wichtigen Förderung begonnen werden muss. Ich sehe hierfür jedoch weiterhin das BMAS als fachlich zuständiges Ressort in der Pflicht.

Laut Koalitionsvertrag ist das BMAS zuständig für die finanzielle Entlastung der Abonnementzeitungen (und Anzeigenblätter). Einer Umsetzung durch Ihr Haus steht auch nicht entgegen, dass das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel nun auf anderem Wege (staatliche Förderung statt Senkung der Rentenversicherungsbeiträge) erreicht werden soll. Schließlich wurde der Förderbetrag durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages auch im Haushalt des BMAS eingestellt. Im Haushalt des BMWi wurden hingegen keine entsprechenden Mittel bereitgestellt.

Mit Blick auf die erforderliche Infrastruktur zur Umsetzung eines solchen Förderprogramms könnte das BMAS gegebenenfalls auf die Knappschaft zurückgreifen, die auch für die Rentenversicherungsbeiträge für geringfügig Beschäftigte zuständig ist.

Selle 2 von 2 **Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind – wie bisher – gerne bereit, an der
Ausgestaltung der Förderrichtlinien durch das BMAS mitzuwirken.**



Dr. Ulrich Nussbaum

Berlin, 4. Februar 2020

Briefentwurf

St N

a.d.D.

Frau
Staatssekretärin Leonie Gebers
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Wilhelmstr. 49
11017 Berlin

Betr.:

**Umsetzung der Zustellförderung für
Abonnementzeitungen und Anzeigenblätter**

Vom Leitungsbereich auszufüllen	
TGB-Nr.	S-200124-015
Eingang Leitung	04.02.2020
eDW-M- Nr.:	2020.01.24/00028
Rein- schrift	

Abzeichnungsleiste	
St	Lag STN vor
AL	i.V. Dr. Ole Janssen, VIC 04.02.20
UAL	i.V. Ju, VIA3 04.02.20

Referatsinformationen	
Referats- leiter	MR Dr. Jungbluth (-7290)Ju, VIA3 04.02.20
Bearbei- terin	RD'in Förster (-6458) GCF, VIA3 04.02.20
Mit- zeichnung	
Referat und AZ	VIA3 – 60209/005#004

Bezug: Ihr Schreiben vom 23. Januar 2020

I. Stellungnahme

Hierzu wird auf die Stellungnahme von VIA3 vom 30. Januar 2020 (eDW-M-Nr. 2020.01.24/00028) verwiesen.

II. Briefftextentwurf

Sehr geehrte Frau Kollegin,

vielen Dank für Ihr Schreiben zur Umsetzung der Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern vom 23. Januar 2020 und die übersandten Eckpunkte vom Oktober 2019.

Ich teile Ihre Auffassung, dass nun rasch mit den Vorbereitungen zur Umsetzung dieser für die Branche wichtigen Förderung begonnen werden muss. Ich sehe hierfür jedoch weiterhin das BMAS als fachlich zuständiges Ressort in der Pflicht.

Laut Koalitionsvertrag ist das BMAS zuständig für die finanzielle Entlastung der Abonnementzeitungen (und Anzeigenblätter). Einer Umsetzung durch Ihr Haus steht auch nicht entgegen, dass das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel nun auf anderem Wege (staatliche Förderung statt Senkung der Rentenversicherungsbeiträge) erreicht werden soll. Schließlich wurde der Förderbetrag durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages auch im Haushalt des BMAS eingestellt. Im Haushalt des BMWi wurden hingegen keine entsprechenden Mittel bereitgestellt.

Mit Blick auf die erforderliche Infrastruktur zur Umsetzung eines solchen Förderprogramms könnte das BMAS gegebenenfalls auf die Knappschaft zurückgreifen, die auch für die Rentenversicherungsbeiträge für geringfügig Beschäftigte zuständig ist.

Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind – wie bisher – gerne bereit, an der Ausgestaltung der Förderrichtlinien durch das BMAS mitzuwirken.

Grußformel